Vizeder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,85 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 1954. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 166 | Montag, den 17. Juni 1929 | Jahrgang 1929

Krieg um die Mandschurei?

Ein altes Streitobjekt.

Es ist seltsam, daß die schon etwas altgewordenen Nachrichten über die Verhaftung russischer Beamten in Charbin von Moskau aus dementiert worden sind. Denn diese Verhaftungen galten doch als ein Beweggrund für die scharfe Note, die von Moskau aus an die Nankingregierung geschickt worden ist, in der damit gedroht wurde, daß jetzt auch Rußland nicht mehr die in Moskau weilenden Vertreter Chinas schützen könne. Würden diese Nachrichten zu Recht bestehen, dann würde es als eine durchaus logische Konsequenz zu verstehen sein, wenn der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Nanking und Moskau perfekt würde, dann würde es auch in der natürlichen Entwicklung dieser politischen Vorgänge liegen, daß Sowjetrussen an der transsibirisch-ostchinesischen Bahn entlang den Einmarsch in die Mandschurei begonnen haben und bereits einige hundert Kilometer jenseits der sibirisch-mandschurischen Grenze bis Chailar vorgestoßen sein sollen. Dann würde man es begreiflich finden, daß der Generalgouverneur der Mandschurei Tschangfüliang, der Sohn und Nachfolger Tschangtsolin's, der übrigens fortwährend seine Loyalität gegenüber der Nankingregierung beteuert, einen dringenden Appell an diese Regierung gesandt habe, in dem er um Hilfstruppen zum Schutze des mandschurischen Gebietes ersucht. Solche Nachrichten werden nämlich durch die englische Presse verbreitet, und zwar in einer ziemlich einheitlichen Weise. Doch ist man geneigt, mißtrauisch zu bleiben, weil eben jene Moskauer Dementis über die Vorgänge in Charbin vorliegen, und weil auch die chinesische Vertretung in Berlin sehr ruhig ist und versichert, solche Alarmnachrichten bisher nicht bekommen zu haben. Man kann sich auch nicht recht vorstellen, daß die Russen jetzt das Wagnis eines Krieges um die Mandschurei unternehmen sollten, weil es zweifelsohne das Sowjetsystem in eine schwere Erschütterung bringen müßte, da ja die neue Ordnung in China zur Zeit sicher mindestens die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten, Englands, Japans und vielleicht auch Frankreichs und Italiens finden würde. Man ist also geneigt, skeptisch zu sein. Vielleicht haben die Russen nur gewisse Truppenübungen an der mandschurischen Grenze vorgenommen, die schon in der Zarenzeit zur Sicherung der Bahnlinie Wladiwostok sehr stark befestigt war. Man könnte sich auch denken, daß die bekannten Absichten Mac Donalds, die diplomatischen Beziehungen mit Moskau wieder herzustellen, zu einem intrigenhaften Nachrichtenmanöver in der rußlandfeindlichen englischen Presse geführt haben.

Wenn nun auch die angeblichen Vorgänge in Charbin, weil sie dementiert werden, das ganze Gefolge von Nachrichten, das sich daran angeschlossen hat, etwas suspekt erscheinen lassen, so gibt es unabhängig davon doch Motive, die einen kriegerischen Vormarsch bolschewistischer Truppen in die Mandschurei nicht als gänzlich unwahrscheinlich erscheinen lassen. Rußland ist für seine Verbindung zwischen Sibirien und Wladiwostok auf die ostchinesische Bahn angewiesen, die bei Tschita von der transsibirischen Amur-Bahn abzweigt und über Charbin nach Wladiwostok führt. Durch rein russisches Gebiet nach Wladiwostok führt die Amur-Bahn selbst, aber sie ist nur in wenigen Monaten des Jahres in Betrieb, da sie stets von Ueberschwemmungen heimgesucht wird, die sie oft streckenweise zerstören. Rußland hat also ein großes Interesse daran, daß die ostchinesische Bahn unter seinem Einfluß bleibt, in dem es sich zur Zeit mit China teilt. Die Regierung in Nanking hat nun das offensichtliche Bestreben, diesen russischen Einfluß einzuschränken, ja, ihn völlig auszuschalten. Die Mandschurei gilt wirtschaftspolitisch für die Nankingregierung als ein außerordentliches wichtiges Gebiet, weil es für die Neuansiedlung aus übervölkerten Gebietsstrichen sehr geeignet ist. Diesen Vorteil wissen allerdings auch die Russen richtig zu würdigen, und so ist die Mandschurei seit langem ein Streitobjekt zwischen Rußland und China, bezw. auch Japan gewesen. Der russisch-japanische Krieg war seinerzeit nicht zuletzt auch durch die beiderseitigen Rivalitäten in der Mandschurei veranlaßt. An die Stelle Japans ist heute China getreten, weil es sich aus der Unordnung der Kaiserzeit langsam wieder herausentwickelt und in Nanking eine Regierung bekommen hat, die mit seltener Energie wieder China zu einer unabhängigen Großmacht zu erheben bemüht ist. Es ist den Japanern nicht mehr gelungen, den in der Mandschurei residierenden General Tschanghsüliang gegen die Nankingregierung in Marsch zu setzen. Ein Beweis dafür, wie der Einfluß Japans gegenüber dem des wieder erstarkenden China bereits zurückgegangen. Der Gegner Rußlands um die „Einflußsphäre Mandschurei" ist also nicht mehr Japan, sondern China. Und das Interesse Rußlands an der Mandschurei ist nicht nur um dieses Gebietes selbst willen groß, wie oben gesagt, sondern auch deshalb, weil die Mandschurei bis nach Wladiwostok hin für Rußland ein wichtiges Anschlußgebiet ist für den Weltmarkt, aber auch ein bedeutsames Glacis für die Weiterführung der weltrevolutionären Bewegung. Mit der Bolschewisierung der Mongolei hat Rußland bereits weitgehende Erfolge erreicht. Die Hauptstadt Urga ist bereits ganz bolschewistisch. Es fehlt also auch nicht an Stützpunkten für eine Weiterführung der bolschewistischen Bewegung.

Der Gegensatz zwischen Nanking und Moskau ist also nicht nur ein grundsätzlich theoretischer, ein Gegensatz zwischen revolutionärem Sozialkapitalismus und Bolschewismus, sondern ist auch durch die politischen und wirtschaftspolitischen Lebensbedürfnisse beider Völker bedingt. Das braucht aber noch kein Grund zu sein für die Annahme, daß es Rußland jetzt auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit China ankommen lassen müßte.

★

Mobilisierung der Truppen der Sowjetmongolei.

:: **Paris**, 15. Juni. Die Agentur Indopacifique meldet aus Peking: Die Truppen der Republik der Sowjetmongolei sind mobilisiert und in Richtung Halha und Kiatka in Marsch gesetzt worden. Sie bedrohen die Ostprovinzen und die Mandschurei.

★

Eine neue Note der Sowjetregierung an China.

+ **London**, 15. Juni. Nach englischen Meldungen aus Riga fand am Freitag eine außerordentliche Sitzung sämtlicher Volkskommissare der Sowjetunion im Moskauer Kreml statt, in der die chinesisch-russische Spannung erörtert wurde. Der Außenkommissar wurde beauftragt, eine neue Note auszuarbeiten, die als eine letzte Warnung an die Nankinger Regierung aufzufassen ist. Die Zusammenberufung dieser außerordentlichen Tagung der Volkskommissare wird als ein Beweis für die ernste Lage in den chinesisch-russischen Beziehungen angesehen.

Die Sorgen Poincarés.

Eine komplizierte Lage.

Der französische Ministerpräsident hat am 14. Juni in der Kammer erklärt, daß es irrig sei, auf einen Aufschub der Zahlungen an die Vereinigten Staaten zu rechnen. Frankreich müsse am 1. August seinen Verpflichtungen nachkommen. Wenn die Ausschüsse der Kammer die Ueberzeugung verträten, daß die Schuldenabkommen mit England und Amerika gleichzeitig mit dem Young-Plan beraten werden sollen, dann könne die große Debatte in der Kammer erst später angesetzt werden. vorher aber müßten, um dem Verfalltag des 1. August zuvorzukommen, die Schuldenabkommen durch Verordnung der Regierung angenommen werden, wobei die Kammer die Vorbehalte zum Young-Plan in einer Tagesordnung zum Ausdruck bringen könne. Eine Ratifizierung der französischen Schuldenabkommen durch eine Poincaré'sche Verordnung zur Verhütung des Verfalltermins bedeutet natürlich faktisch eine Festlegung der Kammer, d. h., Poincaré hätte einen Erfolg in der Kammer schon vorweg genommen und gewissermaßen mobilisiert. Das ist aber gerade der Grund, weshalb die Kammer das Poincaré'sche Ansinnen noch bekämpft. Es steht ja auch noch gar nicht fest, ob der Deutsche Reichstag den Young-Plan vor dem 1. August ratifizieren wird, d. h. für Deutschland zum Gesetz macht, womit denn auch die in dem Young-Plan vorgesehene Verkoppelung der französischen Schuldenabkommen mit den deutschen Reparationsleistungen mittelbar anerkannt würde. Deutschland wird die Ratifikation durch den Reichstag wahrscheinlich solange nicht vornehmen können, bis es darüber Gewißheit hat, daß die in dem Young-Plan selbst geforderte völlige Liquidierung des Krieges, also auch die Räumung des besetzten Gebietes, sichergestellt ist. In dieser Möglichkeit deutscher Zurückhaltung liegt angesichts der Notwendigkeit Poincaré's, die französischen Schuldenabkommen zu ratifizieren, ein gewisser Druck für ihn, das Recht der Deutschen auf Räumung der besetzten Gebiete anzuerkennen und keine weiteren Schwierigkeiten zu machen. Würde Deutschland den Young-Plan erst nach dem 1. August ratifizieren, dann hat Poincaré keinen Garantieschein für die Sicherstellung der französischen Zahlungsverpflichtungen an England und Amerika durch die deutschen Reparationsleistungen. So ist es denn geschehen, daß Poincaré zur Zeit bereitwilliger sein soll, vorbehaltlos die politischen Konsequenzen aus dem Young-Plan zu ziehen als Briand und die Radikalsozialisten. Gerade die letzteren wollen eine Kabinettsänderung und bedürfen dazu einer ausgedehnten außenpolitischen Debatte, deren Endergebnis durch keinerlei Vorentscheidungen vorweg genommen ist. Eine seltsam komplizierte politische Situation liegt gegenwärtig für Poincaré und seine Opposition in der Kammer vor. Der Schlüssel dazu aber befindet sich auch in deutscher Hand.

★

Unterredungen Stresemann in Paris.

Madrid, 15. Juni. Briand wird am Dienstag im Ministerrat in Paris Bericht erstatten. Billigt der Ministerrat Briands Madrider Politik, dann, so versichert man hier auf französischer wie von deutscher Seite, ist es so gut wie ausgemacht, daß Stresemann, wenn er am Donnerstag, von Barcelona kommend, in Paris sich aufhält, nicht nur mit Briand, sondern auch mit Poincaré zusammentreffen wird. Es ist wahrscheinlich, daß Stresemann dann mehr als den notwendigen Aufenthalt in der französischen Hauptstadt nehmen wird. Der Zweck seiner Unterredungen in Paris wäre, Richtlinien für die Einberufung und Organisation der kommenden großen diplomatischen Konferenz zu vereinbaren, Richtlinien, über die die übrigen beteiligten Staaten, besonders England, mit Frankreich und Deutschland gemeinsam endgültig zu befinden haben werden. Wo diese Konferenz abgehalten wird, ist, wie es scheint, zu einer Frage der Geste geworden: Der Staat bestimmt den Tagungsort, der „einlädt". Da voraussichtlich Deutschland einberufen muß, wird man damit rechnen können, daß die Vereinbarungen über die Befreiung des Rheinlandes auf deutschem Boden eingeleitet werden.

Deutsch-polnische Einigung in Madrid.

Direkte Verhandlungen über die Enteignung.

:: **Madrid**, 15. Juni. Ueber die am Sonnabend zwischen der deutschen und polnischen Abordnung zustande gekommene Einigung über die Liquidation des deutschen Grundbesitzes in Polen, die in Form eines Berichtes des Berichterstatters, Botschafter Adatschi, vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen wurde, wird von Seiten der deutschen Abordnung folgendes erklärt:

Die Einigung bedeutet, daß nunmehr unmittelbare Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen unter dem Vorsitz eines neutralen Vermittlers stattfinden werden. Der vom Völkerbundsrat angenommene Bericht stellt ausdrücklich fest, daß der Berichterstatter auf der Septembertagung des Rates bereits einen Bericht über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen abgeben muß, so daß sich hieraus eine gewisse Zwangslage für beschleunigte Verhandlungen ergibt. Die heute erzielte Verständigung ist bedeutsam und befriedigend, da in dem Bericht des Völkerbundsrates die deutschen Wünsche bezüglich der vorläufigen Regelung eingehalten worden sind.

Nach dem Bericht muß die polnische Regierung den enteigneten Grundbesitz wieder in vollem Umfange herstellen, falls auf Grund der Verhandlungen die polnische Staatsangehörigkeit der enteigneten Grundbesitzer festgestellt worden ist. Die polnische Regierung hat sich ferner, wie allerdings im Ratsbericht nicht zum Ausdruck kommt, wohl aber in dem Protokoll über die seit gestern Abend und in den Nachtstunden geführten schwierigen langwierigen Verhandlungen amtlich verpflichtet, den enteigneten Grundbesitz wieder im vollen Umfange in natura oder, falls es nicht möglich, in Form von entsprechenden Geldentschädigungen wieder herzustellen, und zwar in allen den Fällen, wo die Prüfung einwandfrei ergibt, daß der betreffende polnischer Staatsangehöriger gewesen ist. Ferner geht aus dem Protokoll hervor, daß sich die Wiederherstellung des enteigneten Grundbesitzes auf alle Fälle der Enteignung bezieht, die bis jetzt vorgenommen worden sind. Damit wird die Wiederherstellung des enteigneten deutschen Grundbesitzes in Polen möglich, für sämtliche Fälle der bisherigen Liquidation, wo sich auf die polnische Staatsangehörigkeit des enteigneten sich aus den Verhandlungen ergeben hat. Die gegenwärtig noch im Gang befindlichen Enteignungen müssen damit von der polnischen Regierung zurückgestellt werden, da sonst für die polnische Regierung die Gefahr besteht, daß etwaige neue Enteignungen von ihr auf Grund der laufenden Verhandlungen wirklich in Erfüllung geben werden, ist zunächst noch ein offenes Fragezeichen. Der deutschen Regierung bleibt aber immer die Möglichkeit eines Appells an den Internationalen Haager Gerichtshof offen. Es wird hierbei betont, daß es sich um die außerordentlich bedeutungsvolle und weittragende Frage der Erhaltung des Besitzes von Persönlichkeiten deutschen Blutes polnischer Staatsangehörigkeit handelt.

★

Dr. Stresemann gegen die polnische Propaganda.

— **Madrid**, 15. Juni. Die Völkerbundsratstagung ist am Sonnabend nachmittag mit einer Ansprache des Ratspräsidenten des Botschafters Adatschi abgeschlossen worden, in der der Präsident im Namen des Rates der spanischen Regierung den Dank für ihre Gastfreundschaft aussprach. In der öffentlichen Ratssitzung nahm Dr. Stresemann noch einmal das Wort. Er wandte sich gegen die fortgesetzte polnische Propaganda in Madrid und insbesondere gegen die Anspielung auf die noch offenen Vorfälle, die er mit scharfen Worten ablehnte. — Von deutscher Seite wird dazu darauf hingewiesen, daß die polnische amtliche Presse in den letzten Tagen in unerhört scharfer Weise gegen Deutschland gehetzt habe. Es handelt sich hierbei offensichtlich um eine Volkshetzung allerschlimmster Art, gegen die von deutscher Seite mit aller Entschiedenheit Stellung genommen werden muß. Von den amtlichen deutschen Stellen in Warschau ist während der Madrider Ratstagung ausdrücklich auf diese Form der polnischen Hetze gegen Deutschland hingewiesen worden. In der Schlußsitzung ging der polnische Außenminister Zalesti auf die Erklärung Stresemanns ein und äußerte, daß er zu Verhandlungen bereit sei.

Das Pech der französischen Ozeanflieger.

Abermalige Notlandung.

!! **Paris**, 16. Juni. Die französischen Ozeanflieger, Assolant und Lefèvre, die am Sonntag morgen um 6,30 Uhr von Comillas nach Le Bourget abgeflogen sind, mußten bereits gegen 8,30 Uhr wegen Benzinmangels eine Zwischenlandung bei Mimizan-les-Bains in der Nähe von Gazaux vornehmen. Der Flugplatz von Gazaux hat sofort die angeforderte Betriebsstoffmenge an die 40 km entfernte Landungsstelle geschickt.

★

Die dritte Landung.

!! **Paris**, 16. Juni. Der Flug wurde von Mimizan um 2,30 Uhr fortgesetzt. Eine weitere Landung, um Benzin zu nehmen, wurde auf dem Flugplatz von Bordeaux, Gazaux, vorgenommen. Von dort haben die Flieger gegen 6 Uhr den Weiterflug nach Le Bourget angetreten.

★

Die Piloten und der blinde Passagier.

Paris, 15. Juni. Assolant erklärte in Comilles, daß Schreiber ein vollberechtigtes Mitglied der Besatzung des „Kanarienvogels" geworden sei. Er habe alle Gefahren geteilt und habe sich als junger Mann von Mut und Ehrgefühl bewiesen, auf den Amerika stolz sein könne. Ihn etwa der Polizei zu überliefern, daran sei nicht zu denken. Im ersten Augenblick sei die Freundschaft zwischen dem blinden Passagier und der Besatzung nicht sehr herzlich gewesen. Beim Start in Old Orchard hätte er (Assolant) gleich gemerkt, daß der Schwanz des Flugzeuges anormal schwer geworden sei. Er habe daher sofort Vollgas gegeben und auf die größte Geschwindigkeit einstellen müssen, damit der Apparat überhaupt vom Boden losgekommen sei. Als dann nach einiger Zeit der blinde Passagier aus seinem Versteck hervorgekrochen sei, sei die Entrüstung der Besatzung ebenso groß gewesen wie ihre Ueberraschung. Aber Schreiber habe sich sehr nett benommen und so habe sich der erste Zorn sehr bald gelegt. Schreiber habe dann doch Furcht gezeigt, als das Flugzeug auf offenem Meer in einen schweren Sturm hineingeriet. Es seien Augenblicke gewesen, die selbst den Mutigsten hätten beeindrucken müssen. Einmal sei das Flugzeug in einen Luftwirbel hineingeraten und in wenigen Sekunden um nicht weniger als 500 Meter abgesackt. Was aber den blinden Passagier am meisten begeistert habe, sei die glatte Landung in Comillas gewesen. Er habe es wohl verdient, schloß Assolant, daß man ihn nach Paris mitnehme. Später könne man ihn wieder nach Amerika zurückschicken. Aber dieses Mal mit dem Schiff.

Ein Weltrekordflieger tödlich abgestürzt.

⊙ **Stuhm**, 16. Juni. Der bekannte Weltrekordflieger im Segelflug, Ferdinand Schulz, stürzte mit seinem Begleiter Kaiser über Stuhm tödlich ab. Nach der Einweihung eines Kriegerdenkmals umkreiste Schulz mit seinem Segelflugzeug „Marienburg" das Denkmal in beträchtlicher Höhe. Plötzlich lösten sich die Tragflächen des Flugzeuges, und der Flugzeugrumpf stürzte vor mehreren tausend Zuschauern in die Tiefe. Die eine Tragfläche stürzte ins Wasser, die andere fiel über den Häusern der Stadt herunter und konnte bisher noch nicht gefunden werden. Die Insassen des Flugzeuges waren sofort tot und schrecklich verstümmelt. Unter den Trauerklängen der vor dem Denkmal spielenden Reichswehrkapelle wurden die Toten in die Leichenhalle überführt.

Tödlicher Absturz der Fallschirmpilotin Elly Tußmar.

+ **Chur**, 16. Juni. Die bekannte Fallschirmpilotin Elly Tußmar aus München ist heute hier bei einem Absprung aus einem Flugzeug mit dem Fallschirm in den Rhein gestürzt. Fräulein Tußmar war der Einladung zur Teilnahme an dem heute hier von der Aero-Gesellschaft veranstalteten Flugtag gefolgt. Der erste Absprung, den sie vornahm, glückte. Sie wurde allerdings von dem starken Wind weit abgetrieben, sodaß sie 1000 Meter vom Flugplatz entfernt auf einer Wiese zur Erde kam. Ihr zweiter Absprung, den sie mehrere Stunden später ausführte, hatte einen unglücklichen Ausgang. Der Wind trieb Frl. Tußmar gegen Westen ab und in den Rhein, von dessen Fluten sie fortgerissen wurde. Die Leiche konnte bis jetzt nicht geborgen werden. Die Nachricht von dem Unglück verbreitete sich erst ziemlich spät, da die niedergehende Fliegerin den Blicken der Zuschauer durch einen Wald entzogen wurde. Man wurde erst aufmerksam, als der Flieger über der Absturzstelle langsam kreiste und so auf das geschehene Unglück gleichsam aufmerksam machte.

Eine eindrucksvolle Kundgebung des Jungdeutschen Ordens.

Aufmarsch von 12 000 Jungdo-Leuten.
Artur Mahraun spricht in der Westfalenhalle in Dortmund.

Vom Bürgerstaat zum Volksstaat.

÷ **Dortmund, 16. Juni.**

Der Jungdeutsche Orden veranstaltete heute in Dortmund eine große westdeutsche Kundgebung, zu der zahlreiche Bruderschaften aus Westfalen und Rheinland, aus Nordwest- und Mitteldeutschland und darüber hinaus herbeigeeilt waren. Den Auftakt bildete am Sonntag nachmittag eine

Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Konferenz,

die von vielen Mitgliedern des „Verbandes Volksnationaler Industrieller" und von zahlreichen Vertretern der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, des D. H. V. und des G. D. A. besucht war.

Fabrikbesitzer Menzel-Dresden sprach über die heutige Lage der Wirtschaft und ihre vom Jungdeutschen Orden geforderte Neuordnung. Der Jungdeutsche Orden betone, daß die deutsche Wirtschaft, um sich vor Ueberfremdung durch die Weltwirtschaft zu bewahren, zur Selbsthilfe greifen müsse. Sinn und Zweck jeder Wirtschaft sei das Gemeinwohl. Die Arbeitgeber müßten im Sinne der Volksgemeinschaft die starken, eigengewachsenen Organisationen der Gewerkschaften anerkennen und sie dürften sich nicht dazu hergeben, der Bildung von Werksgemeinschaften, die künstliche Organisationen seien, die Hand zu bieten. Es müsse, wie es bereits im Jungdeutschen Manifest gefordert sei, eine Wirtschaftskammer als berufene Vertretung der Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft geschaffen werden. Diese Wirtschaftskammer müsse außer dem Recht auf Gutachten auch das Initiativrecht und ein gewisses Vetorecht, sowie bestimmte Rechte auf Mitwirkung beim Reichshaushalt erhalten. Alle Gegensätzlichkeiten der Wirtschaft könnten überbrückt werden, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Geiste der Volksgemeinschaft zur gemeinsamen Arbeit im Dienste der Nation zusammenfänden.

Darauf sprach Arbeitersekretär Dietrich über die Gründe, aus denen heraus der Orden schon im Jahre 1920 die Gewerkschaften bejaht und die Werksgemeinschaften abgelehnt hat. Die letzteren seien keine aus der Arbeiterschaft herausgewachsenen Gebilde, sondern künstliche Versuche, um die Entwicklung und das Standesbewußtsein der Arbeiterschaft zu hindern und sie zu zersplittern. So groß die Mängel der heutigen Sozialgesetzgebung auch seien, das System der Gemeinschaftsversicherung der Arbeiterschaft müsse anerkannt und bejaht werden. Die soziale Einstellung des Jungdeutschen Ordens sei nicht aus irgendwelchen Interessengründen erfolgt, sondern aus höchster nationaler Verantwortung heraus und aus dem Willen, die Volksgemeinschaft herbeizuführen.

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, sprach vom Sinn und Ziel der Dortmunder Tagung. Er entwickelte das Wesen des „Volksnationalen Staates", der allein den großen Gefahren des 20. Jahrhunderts, der Weltplutokratie und dem Bolschewismus, entgegentreten könne. Die wirtschaftspolitische Erneuerung unseres Volkes sei letzten Endes eine staatspolitische Frage, weil sie von dem Vorhandensein und den Auswirkungen der nationalen Kraft abhänge. Höher als die Interessenbindung müsse die ideelle Bindung der deutschen Menschen stehen, und im „jungdeutschen Volksstaate" werde ein von den Interessen gereinigtes Parlament arbeiten. Wenn der Jungdeutsche Orden die Trennung von Staat und Wirtschaft fordere, so sei darunter nicht eine Entrechtung der Wirtschaft zu verstehen, wohl aber eine klare Trennung der Kompetenzen. Besahe man die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Wirtschaft, dann müßten Arbeitgeber und Arbeitnehmer an die Beantwortung der Frage herangehen, wie die Wirtschaftskammer zustande kommen solle und welche Rechte sie haben müsse.

In der Aussprache kam als Erster Fabrikant Moll als Arbeitgeber zu Wort. Als Arbeitnehmer-Vertreter sprachen u. a. der Geschäftsführer des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften Baltrusch, im Auftrage der Leitung des D. H. V. Herr Ringen. Alle begrüßten die gewerkschaftsbejahende Haltung des Jungdeutschen Ordens und forderten, daß die Grundlage der Sozialversicherung nicht geändert werden dürfe. Auf die Aufgaben und den Wert des Mittelstandes wies Dr. Bittner hin, während von Wrede die in der Konferenz aufgerollten Fragen vom Standpunkte der Landwirtschaft aus beleuchtete.

Als letzter Redner sprach als Arbeitgeber Direktor Dr. Voß, der auf die von der Weltplutokratie der deutschen Wirtschaft drohenden Gefahren aufmerksam machte. Deutschland werde von der Weltplutokratie und dem Weltkapitalismus zum Versuchsobjekt und zur Wirtschaftskolonie gemacht werden, wenn sich nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Sinne der Volksgemeinschaft zusammenfänden. Mit kurzen Worten schloß dann Gewerkschaftssekretär Glimm die Konferenz, die ihren Zweck, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Geiste der Volksgemeinschaft zur gemeinsamen Arbeit anzuregen, erfüllt habe.

Am Sonntag vormittag entwickelte der Hochmeister des Ordens, Artur Mahraun, in einer Pressekonferenz grundsätzliche Gedanken über die Ziele des Jungdeutschen Ordens und den Sinn der Dortmunder Kundgebung.

An den Vortrag Mahrauns schloß sich eine längere lebhafte Aussprache.

Gegen Mittag sammelten sich auf dem Ost- und Südwall die Bruderschaften des Ordens und setzten sich in zwei Kolonnen zur Westfalenhalle in Bewegung, wo vor dem Arbeitsphysiologischen Institut der Hochmeister Mahraun den

Vorbeimarsch

abnahm. Gut fünfviertel Stunden nahm er in Anspruch, und man hat in Dortmund lange nicht mehr ein solches eindrucksvolles Schauspiel gesehen: einige hundert Banner, Fahnen und Wimpel, mehrere Dutzende Musikkapellen und Trommlerkorps, und zwischen ihnen die in vorbildlicher Disziplin einhermarschierenden Bruderschaften, 12 000 Mann sollen es nach einer vorsichtigen Schätzung gewesen sein, und diese Zahl ist sicher nicht zu hoch gegriffen. Stark applaudiert wurden verständlicherweise die Banner der Bruderschaften Saar und Danzig.

Nach dem Einmarsch in die Westfalenhalle ergab sich, da mittlerweile zahlreiche Mitglieder des Ordens abseits des Aufmarsches herbeigeströmt waren, bald ein erheblicher Mangel an Sitzplätzen. Man geht daher wohl nicht fehl in Annahme, daß rund 15000 Menschen an der Kundgebung teilnahmen. Imposant war der Einmarsch der Banner, dem ein wuchtiger Vortrag des Sprechchors der Bruderschaft Dortmund folgte und eine Begrüßungsansprache des Großkomturs der Großballei Westdeutschland.

Artur Mahraun

legte dann in einer Ansprache die schon am Morgen in der Pressekonferenz aufgezeigten Ziele des Ordens dar. Zu dem Thema „Vom Bürgerstaat zum Volksstaat" rief er in etwa einstündiger, oft vom Beifall unterbrochener Rede zur „volksnationalen Aktion", zur Sammlung der Kräfte für den Volksstaat auf, der die politische Gleichheit und die soziale und kulturelle Gerechtigkeit für alle Staatsbürger gewährleiste. Nur der soziale Volksstaat werde den Gefahren des 20. Jahrhunderts, dem Bolschewismus und der Weltplutokratie, begegnen können. Das deutsche Volk sei des Haders und der Demagogie der Parteien müde. Nur das Zusammenhalten verantwortungsbewußter, staatsbejahender Persönlichkeiten aller Richtungen zu einem Vorparlament im Sinne des Volksstaates könne die im Volk schlummernden politischen Kräfte zur Blüte bringen. Ein solches Vorparlament werde der Jungdo unterstützen. Als Voraussetzung fordere er aber die Aechtung der Flaggenhetze, die das deutsche Volk zersplittere. Er fordere Achtung vor der Reichsflagge, Achtung aber auch vor den Farben Schwarz-weiß-rot, als dem Symbol der Großtaten deutscher Vergangenheit. Die Einstellung des Jungdos zum Pazifismus präzisierte Mahraun dahin: Wir lehnen es ab, irgendeinen weltfremden Pazifismus zu treiben, der die natürlichen Verteidigungsmittel unseres Volkes zerstören würde. Auch wir sind von Liebe zum Frieden erfüllt. Wir wollen aber unsere Freiheit und die Grenzen unserer Länder schützen. Der Gegensatz des Ordens zum Stahlhelm bestehe darin, daß der Stahlhelm die letzten Reste der wilhelministischen Aera noch einmal mobilisieren wolle. Ideenmäßig genommen, gingen beide Organisationen auseinander; der Stahlhelm mache sich zur Aufgabe die Pflege der Tradition, während der Jungdo die Idee eines neuen Staates für sich habe. Dem Reichsbanner habe der Jungdo entgegen den Behauptungen der Rechtspresse kein Bündnisangebot gemacht, da ein Bündnis beiden Organisationen Schwierigkeiten bringen würde. Der Jungdo habe aber erkannt, daß alle politischen Gruppen, die sich zu den Grundideen der deutschen Erhebung und Wiedergeburt bekennen, und dazu gehöre auch das Reichsbanner, sich die Hände zu gemeinsamem ideellen Wollen reichen müßten.

Nach der Rede Mahrauns sprachen noch als Vertreter des Reichsaußenministers Stresemann Minister a. D. Koch-Weser und verschiedene Abgeordnete. Dann fand die Tagung gegen 6 Uhr ihr Ende.

Man mag zum Jungdeutschen Orden stehen wie man will, das eine wird man als objektiver Chronist und Beobachter nicht bestreiten dürfen: Diese Dortmunder Kundgebung war mehr als eine mit großem Aufwand in Szene gesetzte Demonstration. Das bewies der Ernst der an dieser Kundgebung beteiligten Massen, dessen geballte Wucht jeder vorurteilsfreie Zuschauer empfinden mußte. Und dann Mahraun selbst: zweifellos eine Führerpersönlichkeit ersten Ranges, der vor allem dadurch besticht, daß er trotz Verzichts auf alles Pathos es hervorragend versteht, mit einer ganz und gar unraffinierten Vortragsweise die Massen fortzureißen und zu begeistern. Woraus sich ohne weiteres ergibt, daß er etwas zu sagen weiß, was ans Herz greift und aufrüttelt.

Immerhin sei bemerkt, daß wir es gern gehört hätten, wenn Mahraun zu seinen Ideen über die Wandlung des Bürgerstaates in einen Volksstaat uns mit genau umrissenen Vorschlägen gedient hätte. Und daß er uns präziser gesagt hätte, mit welchen Mitteln er Bolschewismus und Weltplutokratie bekämpfen würde, wenn die Macht in seinen Händen läge. . . Auch wäre man begierig zu wissen, welche praktische parlamentarische Arbeit der Jungdeutsche Orden zu leisten gedenkt, wenn er — was nach Mahrauns Andeutungen nicht ausgeschlossen ist — bei den nächsten Wahlen etwa selbst ins Parlament einzieht.

Da dieser Fall erst in mehr oder minder ferner Zukunft eintreten wird, brauchen wir uns über die durch ihn geschaffene neue politische Konstellation einstweilen noch keine Gedanken zu machen. Es sei aber neidlos anerkannt, daß der Jungdeutsche Orden auf seine Dortmunder Kundgebung stolz sein darf: Der geistigen und ethischen Einstellung seines Führers wird niemand die verdiente Anerkennung versagen, und was die Tausende angeht, über die er Heerschau hielt, so sei gern anerkannt, daß ihre Disziplin außerordentlich sympathisch und gewinnend wirkte. Und gegen eine solche Art der Werbung wird wahrlich kein ehrlicher Mensch etwas einzuwenden haben.

Gemeindeausschuß des preußischen Landtages.

:: **Berlin, 15. Juni.** Der Gemeindeausschuß des preußischen Landtages nahm am Sonnabend zunächst den Vortrag des Verbandsdirektors des Ruhrsiedlungsverbandes, Dr. Schmidt entgegen, der sehr eingehende Vorschläge für die kommunale Neuabgrenzungen vom Standpunkt des Ruhrsiedlungsverbandes machte. Der Landeshauptmann der Provinz Westfalen, Dieckmann, sprach über die Landesplanung und die Abgrenzung zum Ruhrsiedlungsverband. Ausführungen der Vertreter der Organisationen schließen sich an. Staatsrat Ehrmann sprach als Vertreter des Verbandes der kommunalen Beamten und Angestellten Preußens, der Komba, über die Sicherung der Beamteninteressen. Nach ihm nahmen die Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Reichsverbandes der deutschen Kreisbeamten das Wort. Der Ausschuß erledigte sodann den Rest der Abstimmungen über das Einführungsgesetz bis auf die Frage der Kompetenz-Kompetenz, die am Schluß der kommenden Woche beraten werden soll. Es wurden auch die Beamtenbestimmungen mit einer Reihe von Abänderungen nach den Vorschlägen des Entwurfs angenommen. Am Montag wird der Ausschuß die Beratung der einzelnen Probleme bei der Neuregelung für Düsseldorf-Neuß fortsetzen.

Der Vertrag mit dem Heiligen Stuhl vor dem Staatsrat.

Berlin, 15. Juni. Dem preußischen Staatsrat ist vom Staatsministerium heute der Entwurf eines Gesetzes zu dem „förmlichen Vertrag" Preußens mit dem Heiligen Stuhl vom 14. Juni 1929 nebst beglaubigter Abschrift des zugehörigen Schlußprotokolls vom selben Tag zugeleitet worden.

Der Staatsrat wird gebeten, seine gutachtliche Aeußerung mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Vorlage möglichst bald herbeiführen zu wollen. Es ist also damit zu rechnen, daß sich der Staatsrat in seinem nächsten Sitzungsabschnitt, der am 18. Juni beginnt, mit dem Vertrag beschäftigen wird. Das Gesetz zu dem Vertrag besteht aus zwei Artikeln. Nach Artikel 1 soll die Zustimmung zu dem Vertrag mit dem Heiligen Stuhl ausgesprochen werden. Artikel 2 bestimmt, daß dieses Gesetz mit dem auf die Verkündigung folgenden Tag in Kraft tritt, und daß der Tag, an dem der Vertrag und das Schlußprotokoll gemäß Artikel 14 des Vertrags in Kraft treten, in der Preußischen Gesetzessammlung bekanntzumachen ist. (Nach Artikel 14 tritt der Vertrag mit dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Berlin in Kraft.)

In einer Begründung werden die bereits bekannten Motive des preußischen Staats für den Abschluß des förmlichen Vertrags mit der Kurie und für die einzelnen Aenderungen gegenüber den bisher geltenden Bestimmungen eingehend beleuchtet. Es wird darin u. a. mitgeteilt, daß der Vertrag der Reichsregierung vorgelegt worden ist und diese keine Einwendungen erhoben hat. Der Begründung ist eine Anlage beigefügt, in der die Verteilung der Dotationen in Höhe von 2,8 Millionen Mark auf die Diözesen ausgewiesen ist. In der Begründung wird zur Dotationsfrage u. a. bemerkt, daß die Neubemessung auf 2,8 Millionen Mark die Bischöfe nötigen wird, auch weiterhin, wie bisher schon, Diözesanumlagen zu erheben. Die Aufteilung der Dotation auf die Diözesen ergibt folgendes Bild: Köln 333 700 ℳ, Trier 278 200 ℳ, Aachen 161 200 ℳ, Münster 238 500 ℳ, Limburg 109 700 ℳ, Osnabrück 165 100 ℳ, Paderborn 338 700 ℳ, Hildesheim 194 000 ℳ, Fulda 245 300 ℳ, Breslau 300 300 ℳ, Ermland 231 400 ℳ, Berlin 133 500 ℳ, Schneidemühl 47 400 ℳ, Grafschaft Glatz 1200 ℳ, Distrikt Katscher 10 000 ℳ, Freiburg 1000 ℳ. Die Summen, die auf die einzelnen Diözesen entfallen, setzen sich aus den Gehältern der Bischöfe, Weihbischöfe, Kapitelsmitglieder und Domvikare und der Sachdotationen (Personal- und Sachkosten) zusammen, wobei die Gehälter die größte Rolle spielen. Lediglich die drei letztgenannten Diözesen mit den kleinsten Dotationssummen weisen keine Gehälter, sondern nur Sachdotationen auf.

Ein belgisch-holländischer Notenwechsel.

◆ **Haag, 15. Juni.** Der heute durch Aushändigung eines Weißbuchs an das Parlament bekanntgegebene belgisch-holländische Notenwechsel über die Revision des internationalen Scheldeabkommens vom Jahre 1839, sowie über das Problem der belgisch-holländischen Wasserstraßen, besteht aus acht diplomatischen Schriftstücken, nämlich dem belgischen Memorandum, das durch den belgischen Gesandten im Haag am 14. Juli 1928 dem holländischen Minister des Aeußern überreicht wurde, dem Antwortmemorandum der niederländischen Regierung das am 28. Juli 1928 dem belgischen Gesandten im Haag überreicht wurde, einem Vertragsentwurf der niederländischen Regierung, der am 23. Oktober 1928 der belgischen Regierung in Brüssel überreicht wurde, einem belgischen Memorandum vom 19. Juni 1928, das vom belgischen Gesandten im Haag am 14. Januar 1929 dem niederländischen Minister des Aeußern überreicht wurde, einer belgischen Note, die am 28. Februar 1929 im Haag übergeben wurde, einem holländischen Memorandum, das am 7. Mai 1929 ebenfalls in Brüssel überreicht wurde, einer Note der belgischen Regierung, die am 28. Mai 1929 dem niederländischen Gesandten in Brüssel übergeben wurde, sowie endlich einer holländischen Note, die am 8. Juni 1929 in Brüssel von dem dortigen niederländischen Gesandten überreicht wurde.

Die Niederlande sind bereit, die Aufhebung der belgischen Neutralität anzuerkennen. Was die Schelde anbetrifft, so sind sie bereit, Belgien jede Garantie zu geben, die mit dem Schutz des seeländischen Gebiets gegen Ueberschwemmungsgefahr in Einklang steht, sodaß die Legende entschieden dementiert wird, nach der die Niederlande die Zufahrt zum Antwerpener Hafen zu erschweren trachteten. Die einzige Schwierigkeit bleibt die belgische Forderung, einen neuen Kanal Antwerpen—Rhein durch das niederländische Gebiet herzustellen. Die Niederlande sind der Meinung, daß sie keineswegs verpflichtet sind, diesen Kanal zu bewilligen, der eine neue künstliche Mündung des Rheins auf belgischem Gebiet darstellen würde und, indem er die Hafenanlagen Antwerpens bis auf das holländische Gebiet verlängert, einen wichtigen Teil des Rheinverkehrs, der für die niederländischen Hafenplätze eine entscheidende Bedeutung besitzt, nach Antwerpen umleiten würde, für dessen blühenden Hafen, der über andere Quellen verfügt, dieser Verkehr kein allzugroßes Interesse hat. Jedoch würden die Niederlande jede Verbesserung der bereits bestehenden Verbindung zwischen Schelde und Rhein gutheißen. Sollte die Haltung Belgiens zu einer juristischen Auseinandersetzung führen und ein Einvernehmen nicht bald erzielt werden können, so behalten sich die Niederlande das Recht vor, die Frage dem Ständigen Internationalen Gerichtshof vorzulegen.

Die Oppelner Theateraffäre.

Stresemann antwortet Zaleski.

× **Madrid, 15. Juni.** Die Erklärungen, mit denen Reichsminister Dr. Stresemann in der heutigen Schlußsitzung des Völkerbundsrates gegen die Erwähnung der Oppelner Zwischenfälle im Zusammenhang mit der Liquidationsfrage protestierte, haben in ihrem wesentlichen Teil folgenden Wortlaut:

Der Vertreter Polens hat nicht nur im Völkerbundsrat, sondern auch gegenüber der spanischen Oeffentlichkeit auf die Differenzen, die aus Anlaß der Oppelner Vorgänge entstanden sind, hingewiesen. Ich habe dem Drängen, darauf zu antworten, Widerstand entgegengesetzt, weil ich der Meinung bin, daß, wenn wir in einem Lande in so freundlicher, herzlicher und großzügiger Art und Weise als Gäste aufgenommen worden sind, wie es hier geschehen ist, wir auch soweit als möglich Differenzen, die zwischen uns in irgendeiner Hinsicht bestehen, nicht vor das Forum der Oeffentlichkeit des gastgebenden Landes bringen sollten. Nachdem das gestern im Rat geschehen ist, wollen Sie mir gestatten, darauf in wenigen Sätzen zu erwidern. Die Angelegenheit, auf die der Vertreter von Polen hinwies, ist dem Völkerbundsrat unterbreitet und wird in unserer Septembertagung erörtert werden. Wir werden also dort Gelegenheit haben, uns über das, was geschehen ist, zu unterhalten. Ich möchte deshalb auf diese Vorgänge nicht im einzelnen eingehen, aber dem Vertreter Polens folgendes zur Erwägung geben: Es gibt einen Grundsatz, der meines Wissens von allen Staaten akzeptiert ist: das ist der Grundsatz, nicht in einschwebendes Verfahren einzugeifen. Ich habe leider bei einer anderen Gelegenheit schon feststellen müssen, daß der Vertreter von Polen in ein schwebendes Verfahren dadurch eingegriffen hat, daß er seine eigene Auffassung über Vorgänge, die erst durch ein Gerichtsverfahren geklärt werden konnten, kundgegeben hat. Was ist geschehen? Es sind von mir als außerordentlich bedauerlich zu bezeichnende und schärfstens zu verurteilende Dinge vor sich gegangen gegenüber polnischen Staatsangehörigen, die Theatervorstellungen in Oppeln aufgeführt haben. Ich hätte es dankbar begrüßt, wenn der Herr Vertreter von Polen dabei darauf hingewiesen hätte, daß es gelegentlich anderer derartiger kultureller Veranstaltungen niemals irgendwelche solche Zwischenfälle gegeben hat. Was hat nun die zuständige preußische Regierung getan, als sie davon Kenntnis erhalten hat, daß diese bedauerlichen Vorgänge vorgekommen sind? Sie hat, abgesehen von dem sofortigen Ausdruck ihres Bedauerns über diese Vorfälle, unmittelbar eingegriffen. Wegen des mangelnden Schutzes hat sie den Polizeipräsidenten in Oppeln in den Ruhestand versetzt, sie hat gegen alle beteiligten Personen Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben. Ich gestatte mir die Frage an den Vertreter von Polen zu stellen: Was soll ein Staat eigentlich mehr tun? Wir sind hier Vertreter von Staaten, und der Staat kann, wenn derartige Vorgänge sich ereignen, nur von seiner Macht und seiner Autorität Gebrauch machen, um das Recht wiederherzustellen und gegen diejenigen vorzugehen, die sich in dieser Beziehung schuldig gemacht haben. Die Verhandlungen schweben jetzt. Ich glaube, wir sollten abwarten, wie das Urteil, das in dieser Beziehung ergehen wird, ausfällt. In einem jeden Lande, das mehr als 60 Millionen Einwohner hat, wird es immer auch Menschen und Kategorien von Menschen geben, die nicht dem folgen, was Sinn und Wunsch des Staates, Sinn und Wunsch seiner Politik und seines Wunsches nach Gestaltung der kulturellen und politischen Beziehungen zu seinen Nachbarn ist. Die Anklage aber kann nur erhoben werden gegen den Staat und nicht gegen einzelne. Denn niemals kann ein einzelner Bewohner eines Staates irgendwie die Verantwortung übernehmen, und ich glaube nicht, daß Sie in der Lage sind, gegen das sofortige Eingreifen der entsprechenden deutschen Stellen, die in schärfster Weise gegen diejenigen Deutschen, die nicht ihre Pflicht des Schutzes erfüllt haben, vorgegangen sind, und gegen diejenigen ihrer Staatsbürger, die sich hier vergangen haben, die Anklage erhoben haben, irgendeinen Vorwurf zu erheben. Diese kurzen Darstellung möchte ich folgendes hinzufügen: Wenn gesagt wird, daß durch derartige Vorgänge bedauerlicherweise die Beziehungen zwischen zwei benachbarten Völkern gestört werden, und daß diese Vorgänge zu bedauern sind, so stimme ich Ihnen vollkommen darin bei. Ich habe das ja aus eigener Initiative im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Reichstags zum Ausdruck gebracht. Aber ist kann auch hier sagen, daß die Trübung und Störung der Beziehungen, die durch diese Schlägereien hervorgerufen ist, meines Erachtens an die Größe der Trübungen und Störungen des Verhältnisses der beiden Staaten und Völker nicht heranreicht, die erfolgt ist durch die Ausnutzung dieses Vorfalles auf polnischer Seite, die bis in die heutigen Tage hineingeht und, fortgesetzt weit über die Grenzen der Länder, aus diesen Vorgängen Kapital schlagen will. Ich glaube, wer wie wir alle in diesem Rat ein Interesse daran hat, daß solche Vorfälle sich nicht ereignen, die ja nie zu verhindern sind, weil Sie die Menschen nicht so gestalten können, wie Sie wollen, wird mit mir der Ueberzeugung sein, daß derartige Vorgänge sehr viel weniger Wirkung ausüben würden, wenn man darauf verzichten würde, daß sie zum Gegenstand einer politischen Agitation gemacht werden. Ich darf an den Vertreter der Polen aber wohl die Aufforderung und die Bitte richten, wenn wir hier im Völkerbundsrat zusammen sind und wenn eine Eingabe wegen dieser Vorgänge uns überreicht ist und uns in der nächsten Session offiziell beschäftigen wird, wo wir in der Lage sind, zu übersehen, was in dieser ganzen Sache festgestellt worden ist und welches Urteil die deutschen Gerichte darüber fällten, dann erst den Augenblick für gekommen zu halten, um in diesem Gremium über die Dinge zu sprechen. Und ich glaube, es liegt kein Anlaß vor, den geringsten Vorwurf gegen die Loyalität der deutschen Regierung inbezug auf diese Vorgänge zu erheben.

Wieder eine französische Denkmalsrede.

Erst Schuldenmobilisierung, dann Räumung.

:: **Paris, 16. Juni.** Das „Journal des Debats" wendet sich gegen den Vorschlag Sauerweins im „Matin", die französische Regierung müsse die Annahme des Youngplanes durch Deutschland erleichtern, indem sie sich auf eine bestimmte Frist bezüglich der Lösung der Rheinlandfrage festlege. Die öffentliche Meinung Frankreichs, so sagt das Blatt, die schon so viele Enttäuschungen erlebt habe, würde mit größter Bestürzung diesen Plan aufnehmen. Es sei falsch, wenn Frankreich verpflichtet würde, Deutschland die Annahme des Youngplanes zu erleichtern. Der Bericht der Sachverständigen stelle ein Kompromiß dar und Frankreich dürfe keine Zugeständnisse mehr machen. Die ganze seit 1924 von Deutschland verfolgte Politik laufe auf eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes hinaus, aber es liege kein Anlaß vor, leichtfertig eine Entscheidung von solcher Tragweite zu beschleunigen. Man müsse erst an die Mobilisierung der deutschen Schulden und an die Schaffung einer Kontrolle im Rheinland denken.

*

Millerand gegen vorzeitige Rheinlandräumung.

× **Paris, 16. Juni.** Bei der Einweihung eines Gefallenen-Denkmals in der Gemeinde Perrou im Departement Orne erklärte der frühere französische Staatspräsident Millerand, es genüge nicht, den Frieden zu wollen und dies fortwährend zu wiederholen. Die Worte entbänden Frankreich nicht davon, zu handeln. Marschall Foch hätte erkannt, worauf es ankomme. Trotz seiner Mahnungen sei es Frankreich nicht gelungen, die für den Frieden unentbehrlichen Sicherungen zu erhalten. Das Rheinland sei nicht der Pufferstaat geworden, der die Sicherheit Frankreichs und Deutschlands (!) habe schaffen sollen. Alles, was Frankreich habe erreichen können, sei eine Frist von 15 Jahren, die Frankreich und den neuen Staaten dank der Rheinlandbesetzung die Zeit geben sollte, um sich gegen einen nicht von ihnen hervorgerufenen Angriff zu schützen. Aber im Augenblick sei die Rede davon, diese Frist abzukürzen und vorzeitig das letzte französische Pfand aus der Hand zu geben. Mit welchem Nachdruck hätte Foch vor der Welt die Drohungen zurückgewiesen, mit denen Deutschland Europa in Unruhe versetze. Eine deutsch-französische Verständigung sei höchst wünschenswert, wenn sie im Interesse des Friedens erfolge. Eine der ersten Bedingungen für die Verständigung sei aber die Achtung vor den Verträgen, die das neue Europa geschaffen hätten; aber nicht nur einflußreiche Privatpersonen, sondern auch der sozialistische Präsident des Reichstages, ferner im Amte befindliche Minister und der Feldmarschall von Hindenburg predigten regelmäßig die Zerstörung der Verträge. (?) Sie säten den kriegerischen Stachel in das Herz des Volkes, dessen Führer sie seien. Die Toten müßten auferstehen, um die Lebenden mit lauter Stimme auf die Gefahren hinzuweisen, von denen sie bedroht würden.

Verhaftung der Inhaber des Bankhauses Löwenberg & Co. in Brasilien.

)(**Berlin, 15. Juni.** Sonnabend vormittag lief bei der Staatsanwaltschaft in Berlin ein Telegramm der Polizei aus Rio de Janeiro ein, in dem mitgeteilt wurde, daß der Inhaber des Bankhauses Loewenberg & Co., Dr. Levin, verhaftet worden sei. Es sind sofort alle erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, um eine möglichst baldige Auslieferung des Verhafteten an die deutschen Behörden zu veranlassen. Auch der zweite Inhaber des Bankhauses Rappaport, wurde festgenommen. Bekanntlich hatte Anfang dieses Jahres der Zusammenbruch des Berliner Bankhauses G. Loewenberg & Co. großes Aufsehen erregt. Die Inhaber des Bankgeschäftes waren nach großen Wechselfälschungen geflüchtet. Eine ganze Anzahl von angesehenen deutschen und ausländischen Bankfirmen war durch den Zusammenbruch schwer geschädigt worden. Es ware eine Schwindelaffäre so groß, wie sie bisher in der Berliner Bankwelt noch nicht zu verzeichnen war. Die weiteren Ermittlungen, die von der Staatsanwaltschaft I in Berlin geleitet wurden, ergaben schließlich, daß die veruntreuten Beträge sich auf sechs Millionen Mark beliefen.